Marcus Klöckner kommentiert hier den Umstand, dass sich Männer in Deutschland im Alter von 17 bis 45 Jahren bei längeren Reisen eine Genehmigung erteilen lassen sollen. So steht es im neuen Wehrdienstgesetz. Jedoch erst drei Monate später erfahre die deutsche Öffentlichkeit von einer „schier unfassbaren Regelung, die in dem Gesetz enthalten ist“. So, wie diese Regelung ein Skandal sei, sei die Nichtberichterstattung eine Katastrophe. Die Wächter der Demokratie seien „im Tiefschlaf“ gewesen. Diese Regelung müsse die Politik, so schnell es nur geht, ersatzlos streichen. Abgedruckte Leserbriefe geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen aus redaktionellen Gründen bleiben vorbehalten. Wir haben dazu interessante Leserbriefe erhalten und danken dafür. Es folgt nun eine Auswahl. Für Sie zusammengestellt von **Christian Reimann**.

---

1. Leserbrief

Sehr geehrter Marcus Klöckner,

das geänderte Wehrdienstgesetz zeigt, dass die Leute, die dieses Gesetz durchgedrückt und durchgewunken haben, in Salamitaktik das Land in den geplanten Krieg gegen Russland und die Bevölkerung als Kanonenfutter in die Schützengräben zu treiben beabsichtigen. Das mutmaßlich illegitime Merz-Regime (Neuauszählung der Bundestagswahlzettel wird immer noch verhindert) bekommt, wie die Ampel, nichts Vernünftiges auf die Reihe, fährt das Land gegen die Wand, gängelt und bedroht die eigene Bevölkerung (auch über den Umweg extralegaler EU-Sanktionen). Aber Vorbereitung für den schon lange geplanten Krieg gegen Russland ist oberstes Ziel von Regierung und EU-Kommission.

Wir sollten im Auge behalten, ob in Kürze Ausschreibungen des Kriegsministeriums für Kleinbusse und -transporter erfolgen.

Dann können wir sicher sein, dass sie auch nach ukrainischem Vorbild die „Bussifizierung“ (Zwangsrekrutierung von der Straße weg) beabsichtigen. (…)

Mit freundlichen Grüßen,
Joachim Himmeröder

2. Leserbrief

Moin,

mein erster Gedanke war: Wird Deutschland jetzt zur Ukraine?

Wenn der Verteidigungsfall oder Ernstfall eintritt, wird dann auch wehrfähigen Männern die Ausreise komplett verweigert?

Oder werden, wenn der Kriegsfall eintritt, dann auch mit Mannschaftsbussen die jungen Kerle mit Gewalt von der Straße gezerrt, damit sie als Kanonenfutter an der Ostfront enden? Stalingrad, Massengrab…alle 7 Sekunden stirbt ein deutscher Soldat…

Was bin ich froh, daß ich nicht mehr in das Alter falle…die würden sowas von Widerstand von mir erfahren, wäre es jemals dazu gekommen…ich bin doch kein Menschenmaterial!

Mit freundlichen Grüßen,
Michael Schauberger

3. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Klöckner sehr geehrtes Nachdenkseitenteam

Gut dass Sie auf diese Nachricht nochmal hinweisen!

Wehrdienst ist kein Zuckerlecken!!! Da sollen die jungen Männer zwangsrekrutiert und zugerichtet werden, um fürs Vaterland zu töten und zu verrecken, mit der Begründung, sie müssten die Freiheit verteidigen. Wer Wehrdienst geleistet hat, weiss, dass es im militaristischen System, wo nur Befehl und Gehorsam zählt, keine Freiheit zu verteidigen gibt. Die Eintreiber wissen sehr wohl, dass nicht alle so blöd sind, bzw. wären, und sich ohne Widerstand oder ohne abzuhauen zur Schlachtbank führen lassen würden. Also muss man für den Fall Vorsorge treffen.

Die Freiheit kann man nur dort verteidigen, wo es sie gibt!!!

Fritz Gerhard

---

4. Leserbrief

Lieber Herr Klöckner,

Sie haben eine Partei vergessen zu fragen, wo sie waren. Das BSW ist in der Opposition, also hätten sie nach dem Durchwinken des neuen Gesetzes dieses Gesetz sofort auseinandernehmen müssen und genau diese Stelle sehen müssen und diese Sache direkt an die Öffentlichkeit bringen müssen. Als Partei des Friedens!

Wenn jetzt Frau Wagenknecht empört ist, dann ist das unehrlich. Dann kann ich Frau Wagenknecht diese Empörung nicht abnehmen. Und der Welpenschutz für das BSW müsste endlich zurückgefahren werden. Sonst wird das BSW nie erwachsen. Ich habe lange an diese Partei geglaubt, aber nach dieser Sache verlässt mich so langsam der Glaube an diese Partei.

Mit freundlichen Grüßen
Barbara Schnellen

---

5. Leserbrief

Marcus Klöckner trifft den Kern: Diese Regelung ist ein Skandal – und das Schweigen davor eine Katastrophe. Doch ich möchte einen Aspekt ergänzen, der in der Debatte bislang zu kurz kommt.

Die Beschwichtigung des Verteidigungsministeriums, die Genehmigung gelte als erteilt, „solange der Wehrdienst freiwillig ist“, ist keine Beruhigung – sie ist eine Warnung. Denn damit räumt die Exekutive sich selbst das Recht ein, diese Freizügigkeit jederzeit auszusetzen, sobald sie es für opportun hält. Ein Grundrecht, das unter Vorbehalt steht, ist kein Grundrecht mehr.

Was mich als Bürger besonders beunruhigt: Dieses Gesetz wurde am 5. Dezember 2025 vom Bundestag beschlossen, am 19. Dezember vom Bundesrat gebilligt und

trat am 1. Januar 2026 in Kraft – und erst drei Monate später erfährt die Öffentlichkeit davon. Das ist kein Zufall. Es ist das Ergebnis einer Medienlandschaft, die bei sicherheitspolitischen Gesetzen reflexartig den Blick senkt, statt ihn zu schärfen.

Klöckner fragt zu Recht: Wo war der öffentlich-rechtliche Rundfunk? Ich ergänze: Wo bleibt die parlamentarische Opposition, die dieses Gesetz mitbeschlossen oder zumindest nicht verhindert hat? Sahra Wagenknecht fordert jetzt den Rücktritt von Boris Pistorius – das ist richtig. Aber die Forderung muss weiter gehen: Diese Regelung muss nicht verwaltet, sie muss zeitnah ersatzlos gestrichen werden.

In einer Zeit, in der „Kriegstüchtigkeit“ zur offiziellen Staatsdoktrin erhoben wird, ist Wachsamkeit keine Paranoia – sie ist Bürgerpflicht.

R.G.

---

6. Leserbrief

Guten Tag liebe Nachdenkseiten,

ich nehme diesen Artikel „[…]Männer dürfen an Ausreise gehindert werden[…]“ zum Anlass, etwas allgemeines vorzuschlagen. Wenn Sie mögen, ist es aber auch gleichzeitig ein Leserbrief.

Ich kann mich an folgende Massnahmen und Aufrufe erinnern:

- RT wird gesperrt, Compact wird verboten, …
- „bis 2029 für einen Krieg bereit sein“
- Krankenversorgung vorrangig für Soldaten
- Haushalte sollen feur 2-3 Tage Vorräe anlegen
- Musterung in Briefform
- Militä an Schulen

- Umstellung auf Kriegswirtschaft (erfolgreiche Drohnen-Startups, VW, …)
- Blankoscheck fuer Rüstungsausgaben, mind. 5% vom BIP, …
- Journalisten werden sanktioniert
- jetzt Einschränkung der Reisefreiheit für Maenner
- …

Mein Vorschlag: Anstatt zu fordern dass Massnahmen zurückgenommen, Diplomatie aufgenommen, und Krieg verhindert wird machen Sie bitte folgendes:
Ausformulieren Sie einfach die Roadmap der nächsten 2-3 Jahre:

- weitere Sanktionierung von Kritikern auf dem Expressweg EU
- Bürger sollen Pazifisten/Verweigerer denunzieren
- Entfernung von Kritikern aus dem Dienst/dem Beruf
- Privateigentum/Betriebe werden vermehrt vom Staat genutzt
- weitere Einschränkung der Reisefreiheit, Bargeldnutzung, Geldtransfers, …
- Energie und Lebensmittel verteuern sich weiter im Privaten
- Zwangsrekrutierungen
- indirekte Folge: gigantische Vermögensumverteilung
- Ausnahmeregelungen für Politiker/Diplomaten und deren Familien

Dafür reicht ein Blick in die Geschichtsbücher. Wenn man Krieg zum Ziel hat, ist das alles selbstverständlich.

So eine Roadmap abzuspulen ist für die Politik viel einfacher als reale Probleme zu lösen. Es gibt ein schönes Buch „Baustellen der Nation“ von Banse und Bürmeyer aus dem Jahr 2023. Keine der darin aufgezeigten Negativtrends der letzten 10-20

Jahre wurden seitdem zum Besseren gewendet. Corona hat gezeigt: Der Ausnahmezustand macht Politiker frei von lästigen, alten Regeln, und gibt ihnen die Macht immer noch eine Schippe draufzulegen begleitet von der begeisterten Staatspresse.

Deswegen mein Aufruf: Statt Hoffnung zu verbreiten, veröffentlichen Sie lieber naheliegende, düstere Prognosen. Evtl. bewegen diese Szenarien Menschen dazu, in Antizipation zu reagieren. Entweder die Politik beschleunigt dann den Zeitplan/Eskalation, oder aber eine innenpolitische Instabilität führt uns vom Kriegspfad ab.

Viele Grüsse
J.H.

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.
- redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“.